

Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn

Oberbürgermeister

Marcel Philipp

52058 Aachen

#### Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

**CDU** 0241 / 432 -7211

**SPD** 0241 / 432 -7215

**Grüne** 0241 / 432 -7217

**Linke** 0241 / 432 -7244

**FDP** 0241 / 432 -7224

**Piraten** 0241 / 432 -7266

Aachen, den 08. Juni 2020

### Beschlussvorschlag zu Tagesordnungspunkt 8 der Sitzung des Hauptausschusses am 10. Juni 2020

#### Resolution

### **Kein Atommüllendlager im deutsch-belgisch-luxemburgischen Grenzgebiet**

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt Aachen spricht sich in aller Entschiedenheit gegen die Errichtung eines Atommüllendlagers in der deutsch-belgisch-luxemburgischen Grenzregion aus.

Der Hauptausschuss erklärt sich solidarisch mit den Kommunen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zahlreichen Kommunen Luxemburgs, die sich bereits gegen derartige Planungen positioniert haben.

Der Hauptausschuss fordert die Föderalregierung Belgiens auf, die Information und Kommunikation mit den europäischen Nachbarn über die Planungen der Belgischen Nationalen Einrichtung für radioaktive Abfälle und angereicherte Spaltmaterialien (NERAS) zu verstärken, um das Vertrauen in unsere grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht zu beschädigen.

Die Verwaltungen von Stadt und StädteRegion Aachen werden gebeten, mit den anderen Kommunen und Gebietskörperschaften – innerhalb und außerhalb der StädteRegion Aachen – und insbesondere mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in den Dialog zu treten, um eine starke, gemeinsame Initiative gegen die Errichtung eines Atommüllendlagers in der deutsch-belgisch-luxemburgischen Grenzregion zu bilden und diese Position der belgischen Föderalregierung zur Kenntnis zu bringen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die Initiative auch an Bund und Land heranzutragen, um auch dort dafür zu einzutreten, dass die regionalen Bedenken im Beteiligungsverfahren durch die Regierungen von Bund und Ländern in angemessener Weise gegenüber der Föderalregierung Belgiens vorgetragen werden.